

1-001-0000

**AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG
GELD- UND WÄHRUNGSPOLITISCHER DIALOG MIT CHRISTINE
LAGARDE,
PRÄSIDENTIN DER EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK
(gemäß Artikel 284 Absatz 3 AEUV)**

**BRÜSSEL,
MONTAG, 20. März 2023**

1-002-0000

VORSITZ: IRENE TINAGLI

Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung

(Die Sitzung wird um 15.09 Uhr eröffnet.)

1-003-0000

Vorsitzende. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Präsidentin Lagarde zu diesem ersten geld- und währungspolitischen Dialog im Jahr 2023 begrüßen. Der heutige geld- und währungspolitische Dialog findet erneut in einem sehr besonderen und herausfordernden wirtschaftlichen Umfeld statt, das von einem starken Inflationsdruck gekennzeichnet ist, auch wenn sich dieser derzeit verringert. Die Unsicherheit ist nach wie vor groß, und die Risiken für die Finanzstabilität haben zugenommen, wobei aus den USA mit dem Zusammenbruch der Silicon Valley Bank ein Warnsignal kam.

Seit dem letzten geld- und währungspolitischen Dialog am 28. November 2022 setzte der EZB-Rat seinen geldpolitischen Straffungskurs fort. Die Leitzinsen wurden dreimal um insgesamt 150 Basispunkte angehoben, womit die Leitzinsen ihren höchsten Stand seit Oktober 2008 erreicht haben. Im März hat die EZB einen quantitativen Straffungskurs eingeleitet, indem sie die Reinvestitionen fällig werdender Wertpapiere im Euro-Währungsgebiet erstmals begrenzt hat.

Durch die jüngsten von Experten der EZB erstellten Prognosen wurden die Inflationsprognosen für den gesamten Prognosezeitraum gesenkt und die Wachstumsaussichten für 2022-2023 aufgehoben. Insgesamt wurde die Inflation für 2023 auf 5,3 %, für 2024 auf 2,9 % und für 2025 auf 2,1 % nach unten korrigiert. Der zugrunde liegende Preisdruck ist jedoch nach wie vor hoch, da die Kerninflation im Februar weiter zunahm und die Experten der EZB für 2023 mit durchschnittlich 4,6 % rechneten, was höher ist als der Wert in den Prognosen der EZB vom Dezember.

Daher stehen die politischen Entscheidungsträger heute vor einer sehr schwierigen Aufgabe. Der richtige Policy-Mix ist für die Bekämpfung der hohen Inflation von entscheidender Bedeutung, da es bedeutende Nebeneffekte wie Konjunkturrückgänge und Probleme mit der Finanzstabilität geben könnte. In Bezug auf Letzteres stellte Präsidentin Lagarde auf ihrer Pressekonferenz eindeutig fest, dass es derzeit keinen Kompromiss zwischen Preisstabilität und Finanzstabilität gebe, dass die EZB jedoch auf jeden Fall bereit sei, bei Bedarf zusätzliche Vorkehrungen zu treffen.

Die Finanzstabilität ist also nicht nur eine Angelegenheit der EZB ist, sondern betrifft auch alle Regulierungsbehörden, Aufsichtsbehörden und Gesetzgeber. Der Zusammenbruch der Silicon Valley Bank erinnerte uns an unsere Hausaufgaben, indem uns vor Augen geführt wurde, dass

die Basler Standards getreu in unser Rechtssystem übertragen werden müssen und der Rahmen für das Bankenrisikomanagement, einschließlich der dritten Säule der Bankenunion – des europäischen Einlagenversicherungssystems –, fertiggestellt und verbessert werden muss.

Für die heutige Sitzung haben die Koordinatoren des ECON-Ausschusses zwei Themen ausgewählt. Das erste Thema ist die „quantitative Straffung im Euro-Währungsgebiet“, und das zweite Thema lautet „Die Aussichten für die Geld- und Währungspolitik nach einem Jahr Krieg in der Ukraine“. Wie gewohnt stehen alle Themenpapiere, die von der Sachverständigengruppe des Europäischen Parlaments erstellt wurden, auf der Website des ECON-Ausschusses zur Verfügung; einige davon wurden letzte Woche in unserer üblichen Vorbereitungsitzung vorgestellt.

Bevor wir beginnen, möchte ich kurz die Verfahrensweise erläutern. Auf die einleitenden Bemerkungen von Präsidentin Lagarde von etwa zehn Minuten folgt eine erste Fragerunde – ein Zeitfenster pro Fraktion, längere Zeitfenster für Redner in der ersten Fragerunde –, wobei eine Folgefrage zulässig ist. Es stehen also 1,5 Minuten für die erste Frage und drei Minuten für die Beantwortung zur Verfügung, wobei die Möglichkeit besteht, eine Folgefrage von höchstens einer Minute zu stellen, deren Beantwortung höchstens zwei Minuten dauern darf.

Anschließend wird es eine zweite Fragerunde ohne Folgefragen geben – eine Minute für Fragen und drei Minuten für die Beantwortung. Ich ersuche Sie nachdrücklich, sich an die vorgegebene Zeit zu halten.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass im Anschluss an den heutigen geld- und währungspolitischen Dialog eine öffentliche Anhörung mit Christine Lagarde in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken stattfindet. Frau Präsidentin Lagarde, wir freuen uns jetzt auf Ihre Ausführungen.

1-004-0000

Christine Lagarde, *Präsidentin der Europäischen Zentralbank*. Vielen Dank, Frau Vorsitzende, und vielen Dank für Ihre einleitenden Bemerkungen, und vielen Dank Ihnen allen, die heute hier sind, für Ihr Interesse.

Ich freue mich sehr, kurz nach der Sitzung des EZB-Rates in der vergangenen Woche heute wieder im Parlament über die Geld- und Währungspolitik der EZB zu sprechen. Es ist mehr als ein Jahr vergangen, seit wir alle an jenem Morgen im Februar die entsetzlichen Nachrichten vom Krieg in Europa hörten. Die russische Invasion in die Ukraine, die Sie als Thema für diese Anhörung ausgewählt haben, ist zuallererst eine menschliche Tragödie. Eine menschliche Tragödie für das ukrainische Volk. Und angesichts dieser sinnlosen Gräueltaten haben die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit und Entschlossenheit bewiesen.

Ich möchte einen ehemaligen Präsidenten dieses Europäischen Parlaments, José María Gil-Robles, zitieren, der leider im vergangenen Monat verstorben ist. Er sagte: „Die Zukunft gehört denjenigen, die bereit sind, der Stimme der Hoffnung zu lauschen.“ Als Europäer müssen wir weiterhin der Stimme der Hoffnung aus der Ukraine lauschen und das ukrainische Volk in seinem Kampf für Freiheit, Demokratie und Frieden, die Grundwerte unserer Union, unterstützen.

Es liegt auf der Hand, dass uns die Solidarität, insbesondere in dieser Krise, stärker und widerstandsfähiger macht. Daher müssen wir unsere Fähigkeit, geschlossen zu handeln, weiterhin pflegen, was sich im vergangenen Jahr erneut als wirksam erwiesen hat. Es ist uns gelungen, unsere Abhängigkeit von Gas aus russischen Pipelines um etwa 80 % zu verringern, und die Gaspreise sind nun wieder niedriger als vor der Invasion.

In meinen heutigen Ausführungen werde ich zunächst die aktuellen Marktentwicklungen erörtern und dann unsere Einschätzung der Wirtschaft im Euro-Währungsgebiet darlegen, bevor ich unseren jüngsten geldpolitischen Beschluss der vergangenen Woche erläutere. Zunächst möchte ich aber anmerken, dass ich angesichts der jüngsten Entwicklungen das rasche Handeln und die Entscheidungen der Schweizer Behörden begrüße. Diese Maßnahmen sind von entscheidender Bedeutung für die Wiederherstellung geordneter Marktbedingungen und die Gewährleistung der Finanzstabilität. Ich möchte auch daran erinnern, dass wir die Marktentwicklungen aufmerksam beobachten und bereit sind, je nach Bedarf zu reagieren, um die Preis- und Finanzstabilität im Euro-Währungsgebiet zu wahren.

Der Bankensektor des Euro-Währungsgebiets ist widerstandsfähig, und seine Kapital- und Liquiditätslage ist sehr gut. In jedem Fall ist das politische Instrumentarium der EZB voll ausgestattet, um erforderlichenfalls Liquiditätshilfen für das Finanzsystem des Euro-Währungsgebiets bereitzustellen und die reibungslose Transmission der Geldpolitik aufrechtzuerhalten.

Ich werde mich nun den Aussichten für die Wirtschaft und die Geldpolitik des Euro-Währungsgebiets widmen. Laut den jüngsten Angaben von Eurostat stagnierte die Wirtschaftstätigkeit im Euro-Währungsgebiet im vierten Quartal 2022. Das Ergebnis war etwas besser als im Dezember erwartet. Die private binnenwirtschaftliche Nachfrage ging jedoch drastisch zurück. Die hohe Inflation, die herrschende Unsicherheit und die angespannteren Finanzierungsbedingungen bremsten den privaten Verbrauch und die privaten Investitionen, die um 0,9 % bzw. 3,6 % zurückgingen.

Die Umfrageindikatoren für die Wirtschaftstätigkeit haben sich in den letzten Monaten stetig verbessert, was mit einer geringeren Besorgnis über Energieengpässe und Preissteigerungen einhergeht. Diese Faktoren dürften in Verbindung mit der anhaltenden Unterstützung durch die Fiskalpolitik und der anhaltenden Widerstandsfähigkeit des Arbeitsmarktes in den kommenden Quartalen zu einem Aufschwung beitragen. Dementsprechend wurde das für 2023 prognostizierte Wachstum in unseren jüngsten Prognosen unserer Experten auf 1 % nach oben korrigiert; zudem wird für 2024 und 2025 ein Wachstum von jeweils 1,6 % prognostiziert, was eine leichte Herabstufung gegenüber unserer letzten Prognose darstellt. Es muss jedoch betont werden, dass die von den Experten der EZB erstellten Prognosen bereits vor den jüngsten Spannungen auf dem Finanzmarkt abgeschlossen wurden. Daher führen diese Spannungen zu einer zusätzlichen Unsicherheit in Bezug auf die Basisbewertungen der Inflation und des Wachstums.

Kommen wir nun zur Inflation: Sie ist gegenüber ihrem Höchststand im Oktober aufgrund eines drastischen Rückgangs der Energiepreise gesunken und lag im Februar bei 8,5 %. Der Kostendruck bei den Betriebsmitteln, der zum Teil auf den vorangegangenen Anstieg der Energiekosten und die Auswirkungen von Versorgungsengpässen und die Effekte der erneuten Öffnung zurückzuführen ist, verringert sich derzeit. Der akkumulierte Preisdruck breitet sich jedoch nach wie vor mit einer Verzögerung über die gesamte Wirtschaft aus. Infolgedessen stieg die Inflation – Energie und Nahrungsmittel ausgenommen – weiter an und erreichte im Februar 5,6 %. Der Lohndruck hat sich aufgrund des robusten Arbeitsmarktes verstärkt, und die Beschäftigten wollen einen Teil der Kaufkraft, die sie durch die hohe Inflation eingebüßt haben, wiedererlangen.

Darüber hinaus konnten viele Unternehmen in Wirtschaftszweigen, die mit Versorgungsengpässen und einer wieder anziehenden Nachfrage konfrontiert waren, ihre Gewinnspannen erhöhen. Der Energiepreisschock ist ein harter Schlag für die Binnenwirtschaft, der sowohl von den Unternehmen als auch von den Arbeitnehmern absorbiert werden sollte, damit sichergestellt werden kann, dass er nicht zu einer Aufwärtsspirale bei den Preis- und Lohnanpassungen führt.

Im Basisszenario unserer jüngsten Expertenprognosen wurde die Gesamtinflation nach unten korrigiert, was in erster Linie darauf zurückzuführen ist, dass der Beitrag der Energiepreise geringer war als erwartet. Die Inflation beläuft sich nun laut den Prognosen auf durchschnittlich 5,3 % im Jahr 2023, 2,9 % im Jahr 2024 und 2,1 % im Jahr 2025. Gleichzeitig ist die Kerninflation nach wie vor hoch. Die Inflation ohne Einrechnung der Energie- und Nahrungsmittelpreise dürfte 2023 durchschnittlich 4,6 % betragen und damit höher sein als in den Prognosen vom Dezember erwartet. In der Folge dürfte sie auf 2,5 % im Jahr 2024 und auf 2,2 % im Jahr 2025 zurückgehen, da der Aufwärtsdruck infolge vergangener Angebotschocks und der erneuten Öffnung der Wirtschaft nachlässt und eine straffere Geldpolitik die Nachfrage zunehmend dämpft.

Da die Inflation den Prognosen zufolge zu lange zu hoch sein wird, beschloss der EZB-Rat letzte Woche, die drei Leitzinsen der EZB um 50 Basispunkte zu erhöhen; dies steht mit unserer entschiedenen Absicht im Einklang, dafür zu sorgen, dass die Inflation zeitnah wieder unser mittelfristiges Ziel von 2 % erreicht. Aufgrund der größeren Unsicherheit ist es noch wichtiger, dass wir uns auf Daten stützen, wenn wir über die Leitzinsen entscheiden, wobei wir uns von unserer Bewertung der Inflationsaussichten vor dem Hintergrund der eingehenden Wirtschafts- und Finanzdaten sowie vor dem Hintergrund der Dynamik der Kerninflation und der Stärke unserer geldpolitischen Transmission leiten lassen.

Die Leitzinsen der EZB sind nach wie vor unser wichtigstes Instrument zur Festlegung des geldpolitischen Kurses. Die Reduzierung des Portfolios des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten, das zweite Thema der heutigen Anhörung, ist Teil unserer Normalisierung der Geldpolitik. Anfang März ging das Portfolio des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten mit einem bemessenen und vorhersehbaren Tempo von durchschnittlich 15 Mrd. EUR pro Monat zurück und wird dies bis Ende Juni fortsetzen. Das anschließende Tempo nach Juni 2023 wird im Laufe der Zeit festgelegt, und der EZB-Rat wird das Tempo regelmäßig neu bewerten, um sicherzustellen, dass es weiterhin mit der allgemeinen geldpolitischen Strategie und dem geldpolitischen Kurs im Einklang steht, um das Funktionieren der Märkte zu erhalten und eine feste Kontrolle über die kurzfristigen Bedingungen auf dem Geldmarkt zu erhalten.

Ich fasse nun also noch einmal zusammen: Angesichts des Krieges in Europa und der hohen Inflation, die sofortiges Handeln erfordern, könnten die politischen Entscheidungsträger dazu neigen, ihre Aufmerksamkeit von langfristigen Herausforderungen abzulenken. Aber wir müssen alle anstreben, unsere Anstrengungen zur Bewältigung der existenziellen Krise des Klimawandels fortzusetzen. Für uns bei der EZB bedeutet dies, dass wir bei unserem Klimafahrplan weiter vorankommen müssen. In dieser Woche, d. h. am 23. März, werden wir die ersten klimabezogenen Finanzinformationen über die Vermögenswerte des Unternehmenssektors des Eurosystems, die zu geldpolitischen Zwecken gehalten werden, sowie über die Eigenmittel der EZB und den Pensionsfonds für Mitarbeiter veröffentlichen. In den kommenden Wochen werden sich uns alle Zentralbanken des Eurosystems anschließen, die auch Klimainformationen über ihre eigenen auf Euro lautenden nichtmonetären Politikportfolios offenlegen werden.

Diese Offenlegungen helfen uns nicht nur, unsere Klimaauswirkungen transparenter zu gestalten, sondern tragen auch dazu bei, unsere Fortschritte bei der Unterstützung eines Dekarbonisierungspfads im Rahmen unseres Mandats im Einklang mit den Zielen des Übereinkommens von Paris und den Klimaneutralitätszielen der EU nachzuvollziehen. Sie werden beispielsweise zeigen, dass unser Portfolio des Unternehmenssektors weniger CO₂-intensiv ist, was zum Teil auf unsere Bemühungen zurückzuführen ist, Käufe in die Richtung von Emittenten mit einer besseren Klimabilanz zu lenken. Im Laufe der Zeit werden wir, sobald mehr und hochwertigere Daten verfügbar werden, den Detaillierungsgrad verbessern und die

Berichterstattung auf andere Portfolios und Anlageklassen ausweiten. Bessere und harmonisierte klimabezogene Offenlegungen für alle Anlageklassen würden nicht nur der EZB, sondern auch dem gesamten Finanzsektor helfen, klimabezogene Risiken besser zu berücksichtigen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich nun auf Ihre Fragen.

1-005-0000

Luděk Niedermayer (PPE). – Vielen Dank, Irene, und herzlich willkommen, Frau Präsidentin. Ausgehend von der Inflation liegt der VPI, wie Sie zu Recht ausgeführt haben, hinter dem Höchststand, doch die Kerninflation ist sehr besorgniserregend. In Verbindung mit den relativ positiven Aussichten für die Wirtschaft befinden wir uns nach wie vor inmitten von Inflationsproblemen, und wie Sie zu Recht ausgeführt haben, besteht das Risiko, dass die Inflationserwartungen auf einem zu hohen Niveau bleiben können.

Ich begrüße sehr, dass Ihre Zinspolitik auf dem richtigen Weg zu sein scheint, aber ich frage mich, welche Rolle andere politische Maßnahmen spielen, die öffentlich zugänglich sind. Deshalb zunächst einmal: Wie sehen Sie die Rolle der Verringerung der Bilanzsumme, die Sie gerade betont haben, für die Deflation, und wird es eine Diskussion über eine quantitative politische Rolle in der Geldpolitik in der Zukunft geben? Außerdem möchte ich erfahren, wie Sie die Rolle der Fiskalpolitik in der derzeitigen Entwicklung sehen. Ich möchte auch eine Frage zum Bankwesen stellen, aber lassen Sie mich jetzt zum Ende kommen, ich werde diese Frage im zweiten Teil stellen.

1-006-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. – Vielen Dank, Herr Niedermayer, für Ihre Fragen. Ich möchte nur betonen, dass wir die Zinssätze als das wichtigste politische Instrument im Hinblick auf unsere Entschlossenheit erachten, die Inflation mittelfristig wieder auf 2 % zu bringen. Das, was wir derzeit im Hinblick auf die Normalisierung der Geldpolitik tun, ist also nicht das wichtigste Instrument, das wir nutzen.

Daher haben wir auf unserer Sitzung im Februar beschlossen, die Modalitäten für die Verringerung der Bestände im Rahmen unseres Programms zum Ankauf von Vermögenswerten festzulegen. Während des Zeitraums der teilweisen Reinvestition wird das Eurosystem den bestehenden reibungslosen Reinvestitionsansatz beibehalten. Die monatlichen Tilgungen im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten zwischen März und Ende Juni 2023 werden das festgelegte durchschnittliche Abwicklungstempo von 15 Mrd. EUR pro Monat überschreiten. Durch teilweise Reinvestitionen von mehr als 15 Mrd. EUR pro Monat wird sichergestellt, dass das Eurosystem im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten während dieses Zeitraums eine kontinuierliche Marktpräsenz aufrechterhält.

Wir werden auf der Grundlage unserer Marktbeobachtungen und unserer Politik der teilweisen Reinvestition Ende Juni und wahrscheinlich schon vorher – um unsere Entscheidung in Bezug auf Volumen und Tempo zu überdenken zu können – entscheiden, was wir als Nächstes tun. Wir werden entscheiden, ob wir von 15 Mrd. EUR pro Monat auf mehr oder weniger umsteigen. Aber all dies wird von den Daten abhängen. Wie wir in unserem jüngsten geldpolitischen Beschluss dargelegt haben, gehört die Forward Guidance nicht mehr zu den Instrumenten, die wir nutzen. Für diese Politik der teilweisen Reinvestition haben wir jedoch eine gewisse Forward Guidance angegeben, da sie bis Ende Juni reicht. Nach Juni müssen wir jedoch festlegen, was in Zukunft geschieht.

Sie haben mich nach der Fiskalpolitik gefragt, und wir könnten in der Tat lange das Thema Fiskalpolitik reden. Ich denke, was wir haben und was ich wiederholt in der Eurogruppe gesagt habe, und was der EZB-Rat in den letzten beiden geldpolitischen Erklärungen sehr deutlich zum Ausdruck gebracht hat, ist, dass es nun an der Zeit war, dass die Finanzbehörden die Unterstützung zurückfahren, die beschlossen wurde, um die Bevölkerung in den meisten Fällen in Bezug auf die Auswirkungen der Energiekrise zu unterstützen. Trotz der Empfehlungen,

diese fiskalischen Unterstützungsprogramme zeitlich befristet, zielgerichtet und maßgeschneidert zu gestalten, haben wir festgestellt, dass dies nicht unbedingt der Fall war und dass wahrscheinlich nur etwa 25 % dieser Programme tatsächlich zeitlich befristet, zielgerichtet und maßgeschneidert gestaltet wurden. Unsere Empfehlungen und unsere Hoffnung sind also, dass die Finanzbehörden die Notwendigkeit einer Neukalibrierung der beschlossenen fiskalpolitischen Unterstützung anerkennen und dass diese Programme auf diejenigen ausgerichtet sein werden, die sie am dringendsten benötigen, und dass sie so gestaltet werden, dass ein Anreiz zur Senkung des Energieverbrauchs geschaffen wird.

Das war also unsere Position, und wir haben bei den letzten beiden geldpolitischen Beschlüssen des EZB-Rates darauf hingewiesen, dass es nun wirklich an der Zeit war, dies zu tun, denn ohne eine solche Neukalibrierung würden die beiden Politiken – also die Geld- und die Fiskalpolitik – aneinander vorbei arbeiten, was das Risiko bergen würde, dass wir unsere Geldpolitik in Zukunft noch stärker straffen müssen.

1-007-0000

Luděk Niedermayer (PPE). – Vielen Dank! Ich habe nichts zu dieser Frage hinzuzufügen, daher möchte ich auf die Bankenfrage eingehen und vielleicht nur sagen, was mein Eindruck ist, nämlich, dass, wenn Sie über die Reduzierung der quantitativen Maßnahmen sprechen, das bedeutet, dass Ihre Verringerung der Bilanzsumme jetzt eher eine Frage der Finanzstabilität als der Geldpolitik ist.

Nun aber zu den Banken: Ich bin der Ansicht, dass es nicht völlig überraschend ist, dass sich einige Banken in einer schwierigen Lage befinden, denn es handelt sich um eine Kombination aus einer sehr langen Periode extrem niedriger Renditen und Zinssätze mit einem starken, gut begründeten Anstieg der Zinssätze in der Gegenwart. Wir befinden uns jetzt in einem sehr frühen Stadium, so dass wir nicht wissen, was dann passieren wird, aber ich frage mich, wie groß für Sie die Bedeutung dieses Ereignisses für die Geldpolitik ist, und ob Sie erwarten, dass die Regulierungs- und Aufsichtsbehörden die Risiken, die leider bei einigen Banken aufgetreten sind, in gewissem Maße berücksichtigen sollten, um eine bessere Geldpolitik betreiben zu können

1-008-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. – Vielen Dank für Ihre zweite Frage, Herr Niedermayer. Wir könnten, wie auch bei der Frage zu Fiskalangelegenheiten, viel Zeit für diese Frage aufwenden.

Lassen Sie mich aber auch einen Punkt wiederholen, den ich auf der Pressekonferenz nach der geldpolitischen Entscheidung, die wir letzte Woche getroffen haben, angesprochen habe. Meiner Ansicht nach und nach Ansicht des EZB-Rats gibt es keinen Zielkonflikt zwischen Preisstabilität einerseits und Finanzstabilität andererseits. Für die Preisstabilität und die Finanzstabilität verwenden wir jeweils unterschiedliche Instrumente. Preisstabilität ist das vorrangige Ziel der Europäischen Zentralbank, aber wir alle wissen, dass Preisstabilität mit Finanzstabilität einhergeht und beide wichtig sind und zusammengehören. Es gibt jedoch keinen Zielkonflikt zwischen den beiden.

Wir werden die Instrumente nutzen, über die wir verfügen, um Preisstabilität zu erreichen, und das werden wir tun. Wir nutzen die Zinssätze, die wir haben, und das war letzte Woche so und auch schon vorher, denn wir haben genug zu tun, um uns in dem Tempo zu bewegen, in dem wir uns bewegen. Was die Finanzstabilität angeht, so verfügen wir über alle Instrumente, die letztendlich benötigt werden, um Spannungen im Bereich der Finanzstabilität zu begegnen. Wir haben also das Standardverfahren und andere Instrumente, die eingesetzt werden können. Das haben wir in der Vergangenheit bewiesen, und diese Instrumente werden bei Bedarf auch eingesetzt. Ich sehe jedoch keinen Zielkonflikt zwischen den beiden.

Natürlich hat die Finanzstabilität in dem Maße, in dem sie sich auf die wirtschaftliche Situation auswirkt, und in dem Maße, in dem sie sich auf unsere Prognosen auswirkt, einen Einfluss darauf, wie wir die Situation aus makroökonomischer Sicht betrachten. Es handelt sich jedoch um zwei unterschiedliche Stabilitäten, die mit unterschiedlichen Instrumenten angegangen werden.

1-009-0000

Jonás Fernández (S&D). – Frau Präsidentin, zuallererst möchte ich Sie willkommen heißen und Ihnen für Ihr Kommen danken.

Sie haben in Ihrer Einführung und auch jetzt in Ihren Antworten an meinen Kollegen Luděk einige Empfehlungen für die Mitgliedstaaten zur Steuerung der Haushaltspolitik abgegeben, mit denen die EZB bei der Verwirklichung des Inflationsziels unterstützt werden kann. Sie haben darauf hingewiesen, dass die Haushaltslage der Staaten eher neutral sein sollte, und Sie haben Empfehlungen zur Aufgliederung der öffentlichen Ausgaben abgegeben, wonach versucht werden soll, die Hilfen für die Schwächsten abzubauen und bei der schrittweisen Beendigung dieser Hilfsmaßnahmen des letzten Jahres voranzukommen.

Meine Frage bezieht sich auf diese Empfehlungen zur Haushaltspolitik und auf die Daten, die wir mit Blick auf die Lohnentwicklung und die Entwicklung der Gewinnspannen von Unternehmen verzeichnen. Die Löhne spiegeln die Inflationsentwicklung bislang nicht wider. Wir sehen keine sehr ausgeprägten Zweitrundeneffekte in den Löhnen. Trotzdem stellen die EZB selbst, die Kommission und andere Beobachter fest, dass die Unternehmensgewinne rasant steigen bzw. dass der Anstieg der Inflation erhebliche Auswirkungen auf die Gewinne hat.

Ich habe mich gefragt, ob Sie eine Empfehlung für die Mitgliedstaaten hätten, wie dieser Anstieg der Unternehmensgewinne verhindert werden kann, die ja, könnte man sagen, auch zur Inflationsspirale beitragen können oder beitragen.

1-010-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. — Vielen Dank, Herr Fernández, für Ihre Fragen und dafür, dass Sie speziell auf die zentralen Faktoren – Arbeit und Kapital, Arbeitnehmer und Unternehmen, Gehälter und Margen – eingehen.

Wie Sie sicher bemerkt haben, haben wir in unserer letzten geldpolitischen Erklärung ausdrücklich auf die im Unternehmenssektor erzielten Margen verwiesen, und ich habe in meinen jüngsten Äußerungen in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass es zur Vermeidung des Risikos einer Inflationsspirale und eines potenziellen Zweitrundeneffekts wünschenswert ist, dass es eine gute Lastenteilung gibt, um diese Quasi-Steuer, die sich auf die Produktionsfaktoren und letztlich die Verbraucher auswirkt, zu stützen.

Es liegt natürlich nicht im Aufgabenbereich einer Europäischen Zentralbank oder einer anderen Zentralbank, dies zu tun, denn was uns Sorgen bereitet, ist der Zweitrundeneffekt, ist das Risiko einer Inflationsspirale, und unser Hauptziel ist die Preisstabilität. Vielmehr ist es Sache der Wirtschaftsakteure, diese Last tatsächlich zu verteilen und angemessen aufzuteilen.

Wir haben in unserer Erklärung zur Geldpolitik festgestellt, dass die Unternehmensmargen zumindest beibehalten, wenn nicht sogar erhöht wurden und dass es einige Sektoren gibt, die besonders anfällig für die Beibehaltung der Margen sind.

Auf den beiden Seiten, die Sie, glaube ich, alle erhalten haben, findet sich ein interessantes Schaubild, das insbesondere dieses Phänomen der Margen illustriert. Es ist davon auszugehen, dass bei rückläufiger Nachfrage die Preise letztlich sinken müssen und die Margen unter Druck geraten werden. Dies ist jedoch nicht etwas, was wir in letzter Zeit in vielen Sektoren beobachten konnten, insbesondere nicht in denjenigen, die den Folgen des Nachfragestaus im

Zuge des Aufschwungs ausgesetzt waren. Wir können auch nicht ausschließen, dass sich in einigen Sektoren mehr als nur die Umlage von Kosten auf die Margen ausgewirkt hat.

1-011-0000

Jonás Fernández (S&D). – Vielen Dank für Ihre Antwort. Ich werde Sie zu einem späteren Zeitpunkt zur Instabilität der Finanzmärkte befragen.

Aber mit Blick auf diese Frage, dieses Thema, die Aufteilung der Kosten zwischen Löhnen und Gewinnen überrascht es mich, dass Sie Empfehlungen zu den öffentlichen Ausgaben der Staaten und zum Erfordernis abgeben, die Zahl der Begünstigten, denen in den letzten Monaten Gelder als Inflationsausgleich gewährt wurden, einzuschränken oder zu verringern. Wenn es aber um Gewinne geht, haben Sie keine Empfehlung abzugeben.

Ich weiß nicht, ob Sie vielleicht empfehlen könnten, dass der Wettbewerb für die Märkte gestärkt wird oder dass die Gewinnsteuern erhöht werden, damit die Haushaltspolitik mit der Währungspolitik Schritt halten kann. Wir haben Instrumente zur Hand. Es gibt eine Tatsache, die Sie einräumen, und es überrascht mich, dass Sie in diesem Fall keine Empfehlung abgeben, zu den öffentlichen Ausgaben hingegen schon.

1-012-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. – Vielen Dank für die Anschlussfragen. Ich denke, es stehen verschiedene Instrumente zur Verfügung. Sie haben die Wettbewerbsfähigkeit erwähnt, Sie haben die Steuern erwähnt, Sie haben das erwähnt. Ich denke auch an eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit durch – wie soll ich es ausdrücken? – eine gezieltere Überprüfung abgestimmter Vereinbarungen und möglicher Praktiken zwischen einigen Unternehmen, was meines Erachtens eine besondere Aufmerksamkeit seitens der Kartellbehörden und der Wettbewerbskommissionen in den Ländern, in denen sie diese Sektoren untersuchen, erfordert.

Meines Erachtens haben wir uns in unserer politischen Empfehlung nicht mit den Instrumenten befasst, die von den Steuerbehörden eingesetzt werden können, sondern mit den wichtigsten Grundsätzen: Wir haben „zeitlich befristet“ wiederholt, wir haben „gezielt“ wiederholt, wir haben „maßgeschneidert“ wiederholt. Und wir haben – wie auch die Kommission, meines Erachtens – festgestellt, dass diese drei Grundsätze nicht besonders gut auf die Steuerpakete oder die gewährten fiskalpolitischen Unterstützungsmaßnahmen angewandt wurden.

Es ist bemerkenswert, dass insbesondere die Euro-Gruppe unter der Leitung ihres Präsidenten Paschal Donohoe gut mit der Kommission zusammengearbeitet hat, um die Länder bzw. die Maßnahmen zu ermitteln, die die drei Grundsätze (the „three Ts“: temporary, targeted, tailored – zeitlich befristet, gezielt, maßgeschneidert) tatsächlich erfüllen. Und es liegt auf der Hand, dass einige Länder diese drei Grundsätze verinnerlicht haben - nicht viele, aber doch einige, und zwar insbesondere jene Maßnahmen, die durch einen Anstieg der Energiepreise und auf dem Weg nach unten beispielsweise durch eine Senkung der Energiepreise ausgelöst werden, oder jene Maßnahmen, die speziell für gefährdete Bevölkerungsgruppen oder Menschen, die dem Energiepreiserisiko am stärksten ausgesetzt sind, festgelegt wurden.

In Bezug auf die Instrumente, die eingesetzt werden können, ist es jedoch wirklich Sache der Steuerbehörden, zu entscheiden, welche Instrumente sie bevorzugen. Aber es gibt sie, Sie haben einige von ihnen erwähnt. Als ehemalige Anwältin für Kartellrecht fallen mir noch ein paar andere ein, aber es ist definitiv so, dass es diese Instrumente gibt.

1-013-0000

Martin Hlaváček (Renew). – Vielen Dank, Frau Präsidentin. Frau Präsidentin, wir bemühen uns schon seit vielen Jahren darum, die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten endlich zu überwinden, damit die Kluft zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd in unserer Politik keine Rolle mehr spielt. Aber ich kann mich schon seit geraumer Zeit des Eindrucks nicht

erwehren, dass die Politik der Europäischen Zentralbank einer Gruppe von Ländern mehr dient als anderen. Und ich glaube, dass dies sehr riskant ist, insbesondere in der heutigen Zeit und angesichts der Bedrohungen, mit denen wir im Osten konfrontiert sind. Ich kann verstehen, dass Sie sich bei Ihren Entscheidungen auf die Gesamtstatistik stützen müssen, aber auf der anderen Seite stößt ein solcher Ansatz in einer Situation, in der das Funktionieren des Binnenmarkts nicht gelöst ist und die Preise sehr stark voneinander abweichen, sicherlich an seine Grenzen. In einem ideal funktionierenden Binnenmarkt sollten die Inflationsraten in den einzelnen Mitgliedstaaten nicht so stark voneinander abweichen. Aber solch einen Markt haben wir nicht. Aus diesem Grund habe ich zwei Fragen an Sie. Können Sie uns bitte sagen, was Sie konkret tun, um sicherzustellen, dass die östlichen Länder des Euro-Währungsgebiets, die mit einer hohen Inflation zu kämpfen haben, von der Politik der Europäischen Zentralbank unterstützt werden, und wie sie die Notenbanken der Länder, die nicht zum Euro-Währungsgebiet gehören, in ihrem Kampf gegen die Inflation unterstützt? Und meine zweite Frage lautet: Könnten Sie bitte darlegen, ob es weitere ergänzende Maßnahmen gibt, mit denen wir die von Ihnen durchgeführten Maßnahmen ergänzen könnten, um diesen Ländern zu helfen?

1-014-0000

Christine Lagarde, *Präsidentin der Europäischen Zentralbank*. – Vielen Dank, Herr Hlaváček. Es ist eine Tatsache, dass es innerhalb der Eurozone eine gewisse Heterogenität und Divergenzen bei den Preisen gibt, und es gibt Länder, in denen die Inflationsrate bei weit über 15 % liegt, in der Spitze im Oktober bei über 20 %, während sie sich in anderen Ländern im Bereich von 5 bis 6 % bewegt. Es gibt also diese Divergenz.

Als Europäische Zentralbank für das gesamte Euro-Währungsgebiet arbeiten wir jedoch auf der Grundlage aggregierter Zahlen, die alle Länder in aggregierter Form zusammenfassen. Wir müssen jedoch versuchen zu verstehen, warum es diese Divergenz gibt, warum wir eine solche Heterogenität haben, und was wir auf der Grundlage dieser Analyse und der Rückmeldungen, die wir von allen nationalen Zentralbanken, von allen Ländern mit einer gleichberechtigten Stimme im EZB-Rat erhalten, festgestellt haben, ist, dass es erstens erhebliche Unterschiede je nach der Dominanz bestimmter Wirtschaftszweige gab und dass zum Beispiel die Länder, die stark auf den Tourismus ausgerichtet waren, zu Beginn des Aufschwungs eine Zeit lang einen sehr hohen Preisdruck hatten. Ein weiterer eindeutiger Beleg für diese Heterogenität ist auch die handelsbezogene Nähe zu Ländern, gegen die Sanktionen verhängt werden. Wenn Sie auf der Karte des Euro-Währungsgebiets nach Norden schauen, sind die baltischen Länder natürlich direkt von dieser Nähe und dem Umfang und der Abhängigkeit vom Handel mit unmittelbaren Nachbarn betroffen.

Es gibt noch eine dritte Komponente, die ebenfalls zur Anwendung kommt, nämlich eine begrenzte finanzielle Unterstützung, die auf nationaler Ebene beschlossen wird. Eine solche begrenzte fiskalpolitische Unterstützung wurde von einigen der Länder mit den höchsten Inflationszahlen gewährt.

Angesichts all dessen kann ich jedoch in meiner Eigenschaft als Leiterin der Währungsbehörde für das gesamte Euro-Währungsgebiet keine unterschiedlichen Zinssätze für den Norden, den Osten und den Süden vorgeben. Das ist das Schöne an der Geldpolitik, dass sie für den gesamten Euroraum gilt. Deshalb sind wir sehr gespannt auf das Ergebnis der Diskussionen zwischen den Mitgliedstaaten über den Vorschlag der Kommission zur Governance und darauf, ob und welche weiteren Fortschritte in dieser Hinsicht gemacht werden, damit auf der fiskalpolitischen Ebene ein besserer Weg, ein besserer Fahrplan und ein besserer Rahmen eingeschlagen werden kann, innerhalb dessen die Mitgliedstaaten agieren können.

1-015-0000

Rasmus Andresen (Verts/ALE). – Vielen Dank, Präsidentin Lagarde. Ich freue mich auch, Sie wieder im Parlament zu sehen. Hier bin ich, jetzt können Sie mich auch sehen!

Lassen Sie mich zunächst ein Anliegen vorbringen, das glaube ich viele von uns haben. Ich denke, dass die Lage auf den Finanzmärkten derzeit alarmierend ist. Aus unserer Sicht können wir trotz aller Unterschiede auch in Bezug auf die Lage in den USA nicht sicher sein, dass sich die aktuellen Entwicklungen im Bankensektor letztlich nicht als viel größer erweisen als das, was wir derzeit sehen können, mit vielen Auswirkungen auf die Realwirtschaft, wie z. B. durch eine höhere Arbeitslosigkeit. Meine Frage bezieht sich also auf den Zusammenhang zwischen den aktuellen Entwicklungen im Bankensektor auf der einen und Ihren geldpolitischen Entscheidungen auf der anderen Seite.

Am vergangenen Donnerstag haben Sie, Präsidentin Lagarde, Ihr Versprechen einer weiteren starken Zinserhöhung um 50 Basispunkte erfüllt. Gleichzeitig wirkt sich die Bankenkrise in den USA und in der Schweiz auch auf das globale Bankensystem aus, indem die Banken weniger Kredite vergeben oder sie zumindest zu einem teureren Zinssatz anbieten. Diese Auswirkungen haben also auch eine wirtschaftlich vergleichbare Dimension mit einer weiteren deutlichen Verschärfung der monetären Bedingungen. Vor dem Hintergrund dieser beiden Entwicklungen möchte ich Sie daher fragen, ob die aktuellen Entwicklungen auch im Bankensektor Ihre Analyse und Erwartungen hinsichtlich der Aussichten für die Wirtschaft im Allgemeinen verändern und ob Sie angesichts der jüngsten Entwicklungen im Bankensektor eine Rezession für wahrscheinlicher halten?

1-016-0000

Christine Lagarde, *Präsidentin der Europäischen Zentralbank*. – Vielen Dank, Herr Andresen, für Ihre Frage.

Lassen Sie mich kurz auf den Hintergrund unserer geldpolitischen Entscheidung in der vergangenen Woche eingehen. Es war eine jener Sitzungen des EZB-Rates, bei denen wir von den Mitarbeitern ihre aktualisierten Projektionen auf der Grundlage ihrer umfangreichen Arbeit erhalten. Leider gab es bei diesen umfangreichen Arbeiten Stichtage für die Zeiträume, in denen die Wirtschaft beobachtet wurde, zu denen eine Bestandsaufnahme der Daten vorgenommen wurde und ab denen mit Modellierungen und Projektionen weitergearbeitet wurde. Diese Stichtage waren bei einigen Punkten entweder der 15. Februar oder der 1. März. Natürlich sind dabei die Auswirkungen der erst später zutage tretenden Spannungen auf den Finanzmärkten – insbesondere aufgrund des Scheiterns der Signature Bank, gefolgt von der Silicon Valley Bank und geschweige denn der Entwicklung von Credit Suisse, die in den letzten Tagen zu beobachten war – nicht erfasst.

Deshalb und angesichts der Inflation, die schon zu lange zu hoch ist, und unserer Entschlossenheit, sie zu senken, haben wir beschlossen, die Zinserhöhung um 50 Basispunkte vorzunehmen, aber wir haben nicht genau dieselbe Zusage wiederholt wie zuvor, als wir unsere Entschlossenheit bekundeten, die Zinssätze weiterhin stetig anzuheben und so weiter und so fort. Denn angesichts der Unsicherheit, unter der wir agieren mussten, d. h. ohne aktualisierte Projektion und ohne kalibrierte Auswirkungen der finanziellen Spannungen, die wir auf den Märkten beobachtet hatten, war es eindeutig verhältnismäßiger und sinnvoller, sich nicht weiter festzulegen und zwei Dinge zu erklären: erstens, dass wir uns auf Daten stützen; und zweitens haben wir, um unsere Reaktionsfunktion deutlich zu machen, die drei Faktoren genannt, die wir künftig berücksichtigen, um weitere geldpolitische Entscheidungen zu treffen.

Das ist der Hintergrund. Vor diesem Hintergrund haben wir natürlich die gleichen finanziellen Spannungen gesehen, die Sie auch beobachtet haben. Wir beobachten diese Spannungen sehr aufmerksam. Das tun wir natürlich auf internationaler Ebene. Aber wir tun dies auch im Bankensektor des Euro-Währungsgebiets, und zwar im Hinblick auf die Finanzstabilität im Euro-Währungsgebiet, wobei wir auch einzelne Banken im Rahmen der regulären Bankenaufsicht der EZB betrachten.

Selbstverständlich arbeiten wir eng zusammen – aber mit dem nötigen Respekt für die unterschiedlichen Zuständigkeiten in den verschiedenen Bereichen der Zentralbanken einerseits und der Aufsicht andererseits. Aber wir arbeiten eng zusammen und hören die Entwicklungen und die Bewertung des Vorsitzenden Andrea Enria an, der morgen glücklicherweise bei Ihnen sein wird. Es gibt also eine ganze Reihe von Fragen, die mit dem Bankensektor im Euro-Währungsgebiet zu tun haben, die Sie ihm sicher gerne stellen werden und die er auch beantworten wird.

Aber wir bewerten regelmäßig die Bereitschaft der Banken zum Risikomanagement. Im vergangenen Jahr haben wir ihre Fähigkeit zur Steuerung von Zins- und Kreditspread-Risiken untersucht. Wir führen regelmäßig Stresstests durch, und das Ergebnis des nächsten Tests – der zurzeit noch läuft – wird im Juli des nächsten Jahres veröffentlicht werden, und wir veröffentlichen Informationen über die Kapitalausstattung und die Liquidität der Banken. Wir sind sehr zuversichtlich, dass die Kapital- und Liquiditätslage der Banken im Euro-Währungsgebiet sehr zufriedenstellend ist und dass die Eigenkapitalquote und die Liquiditätsdeckungsquote über die Anforderungen hinausgehen.

Dies hat uns dazu veranlasst, noch einmal zu bekräftigen – und ich freue mich, dies vor Ihnen als ECON-Ausschuss des Europäischen Parlaments zu wiederholen –, dass wir der Ansicht sind, dass der Bankensektor des Euro-Währungsgebiets mit seinen starken Kapital- und Liquiditätspositionen widerstandsfähig ist. Wie ich bereits gesagt habe, und ich wiederhole es auch gerne, stehen wir in jedem Fall mit unserem politischen Instrumentarium bereit, um das Finanzsystem im Euro-Währungsgebiet mit Liquidität zu unterstützen. Und wenn unser Instrumentarium nicht ausreichen sollte, weiß ich, dass unsere Mitarbeiter in der Lage sind, notwendige Anpassungen oder Neukalibrierungen vorzunehmen, um etwaigen Liquiditätsrisiken zu begegnen, die sich vor uns abzeichnen könnten.

1-017-0000

Rasmus Andresen (Verts/ALE). – Ich habe eine ganz kurze Folgefrage, aber zunächst noch vielen Dank für die Antwort. Ich möchte nur ein wenig genauer nachfragen, was die Federal Funds Rate betrifft. In den USA konnten wir feststellen, dass die Federal Funds Rate wie in der vergangenen Woche um 1,5 % gestiegen ist, und mir geht es darum, Ihre Einschätzung besser zu verstehen: Wenn dies auch im Euro-Währungsgebiet geschehen würde, welche konkreten Auswirkungen hätte dies auf Ihre Entscheidungsfindung und insbesondere auf Ihre geldpolitische Entscheidungsfindung?

1-018-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. – Ich bin mir nicht sicher, ob sie mit Ihren Fragen darauf hinaus wollten, aber ich bin mir sicher, dass es keinen Zielkonflikt zwischen Preisstabilität und Finanzstabilität gibt. Wir verwenden für die beiden Aufgaben jeweils verschiedene Instrumentarien. Wir haben beide Fragen im Blick. Preisstabilität ist unser vorrangiges Ziel, und wir wissen, dass sie von Finanzstabilität abhängig ist. Aber bei uns kommt es zu keinen Kompromissen, bei denen eine Frage zugunsten einer anderen in den Hintergrund tritt. Wir gehen sie mit unterschiedlichen Instrumenten an.

1-019-0000

Gunnar Beck (ID). – Guten Tag, Frau Lagarde! Ich bin außerordentlich beglückt, dieses Mal meine Zufriedenheit mit Ihrer letzten Entscheidung ausdrücken zu können. Um ehrlich zu sein: Nach der Insolvenz der Silicon Valley Bank in den USA und den Sorgen um Credit Suisse hatte ich nicht mehr mit der richtigen Entscheidung gerechnet, den Leitzins um 0,5 Prozent auf 3 Prozent anzuheben. Mit dieser Zinserhöhung haben Sie sich auch das erste Mal klar von dem Anti-Bundesbank-Kurs Ihres Vorgängers abgegrenzt. Doch sagten Sie ja selbst, Sie könnten für die nächste EZB-Sitzung nicht mit ähnlicher Zuversicht eine weitere Leitzinserhöhung um 0,5 Prozent andeuten.

Wie groß ist der Widerstand im Zentralrat gegen die letzte Leitzinserhöhung, und wie viel Rückendeckung hatten Sie? Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie vielleicht ein wenig mehr dazu sagen könnten. Vielen Dank.

1-020-0000

Christine Lagarde, *Präsidentin der Europäischen Zentralbank*. – Vielen Dank, Herr Beck. Ich bin zwar enttäuscht, dass Sie zunächst an uns gezweifelt haben, aber ich freue mich sehr, dass Ihre Zweifel zerstreut wurden. Was ich Ihnen versichern kann und woran Sie nicht zu zweifeln brauchen, ist, dass wir entschlossen sind, die Inflation mittelfristig auf 2 % zurückzuführen, und das werden wir auch tun.

Nun, bei unserer letzten Sitzung des EZB-Rates, die sehr fokussiert und sehr ernsthaft ablief, ist es uns gelungen, die meisten Mitglieder zusammenzubringen, mit ein paar Ausnahmen – einer sehr kleinen Gruppe von drei bis vier, die zwar die Entscheidung unterstützten, aber nicht den Zeitplan der Entscheidung – wobei wir im Vergleich zur vorherigen Erklärung zur Geldpolitik keinerlei Hinweise auf die künftige Zinspolitik gegeben haben.

Wir haben zwei Dinge gesagt. Erstens, wir werden uns auf Daten stützen. Die Daten, auf deren Grundlage wir unsere Entscheidungen treffen, sind derzeit mit Unsicherheit behaftet, und wir uns können angesichts dieser Unsicherheit bei unseren Prognosen unmöglich festlegen. Und zweitens, was wirklich wichtig ist, haben wir die drei Faktoren genannt, die wir bei der Entscheidung über unsere Reaktionsfunktion einfließen lassen. Und diese drei Faktoren sind, erstens, die Bewertung der Inflationsaussichten auf der Grundlage der Wirtschafts- und Finanzdaten, die eingehen werden. Zweitens, die Entwicklung der Kerninflation. Und drittens, die Stärke und Wirksamkeit der Transmission unserer Geldpolitik.

Ich gehe mithin davon aus, dass diese drei Faktoren, die für uns bei der Festlegung unserer nächsten Schritte maßgeblich sein werden, von Experten und EZB-Beobachtern wie Ihnen sicherlich geschätzt und verstanden werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann keine Prognose getroffen werden, wie dieser nächste Schritt aussehen wird. Fest steht, dass wir auf der Grundlage des derzeitigen Basisszenarios mehr zu beachten haben, aber wir müssen die Entwicklungen aufmerksam verfolgen und darauf achten, wie sie sich auf jeden der drei von mir genannten Faktoren auswirken werden. Doch letztendlich müssen wir die Inflation mittelfristig wieder auf 2 % zurückführen. Und haben Sie keine Zweifel an unserer Entschlossenheit. Sie ist da und sie ist stark.

1-021-0000

Gunnar Beck (ID-Fraktion). – Haben Sie vielen Dank! Vielleicht ein Zusatz dazu. Ich denke, wir sind uns alle einig, dass aus rein geldpolitischer Sicht sowohl die Umweltpolitik als auch die Ukraine-Politik eher zu höheren als zu niedrigeren Preisen führen. Können wir uns also darauf einigen, dass beides aus geldpolitischer Sicht nahezu untragbar ist, insbesondere in Zeiten hoher Inflation?

1-022-0000

Christine Lagarde, *Präsidentin der Europäischen Zentralbank*. – Ich denke, hier geht es um zwei verschiedene Bereiche. Die Entschlossenheit in Bezug auf den Klimawandel und das damit verbundene Risiko, sowohl auf der Grundlage der Risikobewertung als auch bei der Festlegung der Geldpolitik, bleibt bestehen und ist so wichtig und wesentlich, dass wir sie berücksichtigen müssen.

In der anderen Angelegenheit würde ich es den außenpolitischen und politischen Verantwortlichen überlassen, ihre Entscheidungen zu treffen. Meines Erachtens handelt es sich jedoch um eine wahrhaft offenkundige Entscheidung. Es gibt nur eine Richtung.

1-023-0000

Johan Van Overtveldt (ECR). – Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich danke Ihnen, Frau Präsidentin Lagarde, dass Sie hier sind. Ich möchte das, was Sie zur Preisstabilität und

Finanzstabilität gesagt haben, etwas vertiefen. Die EZB hat die Zinssätze erhöht, um der Inflation Einhalt zu gebieten. Angesichts der Entwicklung der Kerninflation werden Sie diese Politik fortsetzen müssen. Nun wirkt sich diese Politik unmittelbar auf die Finanzstabilität aus, weil dadurch die Wirtschaftstätigkeit verringert wird, wodurch die Rückzahlungsfähigkeit der Schuldner sinkt, was erhebliche Auswirkungen auf den Wert der Anleiheportfolios und der damit verbundenen Derivate hat. Ihre Politik zur Bekämpfung der Inflation, die ich sehr befürworte, wirkt sich also unmittelbar auf die Finanzstabilität aus. Meine Frage ist also, wie Sie das Risiko einschätzen, dass die Verschärfung der Geldpolitik angesichts ihrer Auswirkungen auf die Finanzstabilität vorzeitig eingestellt werden muss?

1-024-0000

Christine Lagarde, *Präsidentin der Europäischen Zentralbank*. – Vielen Dank für die Frage, Herr Van Overtveldt. Sie bietet mir die Gelegenheit, noch einmal zu bekräftigen, dass es keinen Zielkonflikt zwischen Preisstabilität und Finanzstabilität gibt. Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber auch darauf hinweisen, dass Spannungen im Bereich der Finanzstabilität eindeutig Auswirkungen auf die Nachfrage haben und zu einem gewissen Grad einen Impuls setzen könnten, der sonst durch Geldpolitik und Zinserhöhungen herbeigeführt werden müsste. Diese Auswirkungen sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt ungewiss, müssen aber bei der Erstellung unserer nächsten Projektionen und auch bei der nächsten Bewertung und Entscheidung über unsere nächsten geldpolitischen Maßnahmen berücksichtigt werden. Obwohl es um sehr unterschiedliche Fragen geht, die mit verschiedenen Instrumenten angegangen werden, hat die eine Frage natürlich Auswirkungen auf die andere und das wird in unseren Projektionen sichtbar sein.

1-025-0000

Johan Van Overtveldt (ECR). – Wie beurteilen Sie den Zweitrundeneffekt der Inflation im Euro-Währungsgebiet – ich beziehe mich insbesondere auf den Anstieg der Arbeitskosten im letzten Quartal des vergangenen Jahres, der recht beträchtlich war – und wie ist die Lage im Vergleich mit dem Zweitrundeneffekt in den Vereinigten Staaten?

1-026-0000

Christine Lagarde, *Präsidentin der Europäischen Zentralbank*. – In Bezug auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes haben wir, wie Sie erwähnt haben, zwei Phänomene beobachtet: Erstens einen sehr robusten Arbeitsmarkt mit der niedrigsten Arbeitslosenquote, seit wir Arbeitslosenquoten aufzeichnen, bei einer sehr hohen Erwerbsbeteiligung. Und wie auch immer Sie messen – ob Sie den von uns verwendeten „Wage Tracker“ zur Verfolgung der Lohnentwicklung verwenden, der sich auf Informationen aus sieben Ländern des Euro-Währungsgebiets stützt, oder ob Sie die Analyse der Neueintritte in Unternehmen heranziehen, die ein separater Indikator dafür sind, wie angespannt der Arbeitsmarkt ist – die Zahlen steigen und das Niveau ist viel höher.

Wir haben nun auf der Lohn- und Gehaltsseite einen Anstieg um 4,8 % bei einem Anstieg von 5,2 % des – wenn ich mich recht erinnere – Indexsatzes. Es gibt also einen Aufholprozess infolge der Inflation, unter der die Beschäftigten gelitten haben, und es ist vollkommen verständlich, dass dieser Aufholprozess nun stattfindet. Es gibt immer eine verzögerte Wirkung auf dem Arbeitsmarkt, aber wir sehen sie jetzt sehr deutlich.

Ist das bereits die zweite Runde? Das muss anhand des längeren Zeitraums bewertet werden. Wir können derzeit kein Ausufern der Inflation und keine Zweitrundeneffekte, die Anlass zu großer Sorge geben würden, erkennen. Natürlich sind wir sehr aufmerksam und jeder mögliche Lohnanstieg in einem robusten Markt ist recht gut vorhersehbar und dürfte sicherlich auch bemerkt werden.

Aber wir sehen uns das sehr, sehr genau an und zielen darauf ab, die Zahlen für jedes Land und jeden Sektor zu analysieren, abhängig von der Einstiegsstufe und den ausgehandelten Tarifverträgen.

Ich denke, wir werden im Frühjahr etwas mehr darüber erfahren und verstehen, was auf dem Arbeitsmarkt vor sich geht, denn es gibt eine ganze Reihe von Tarifverträgen, deren Neuverhandlung jetzt ansteht, und einige, bei denen es zu Nachverhandlungen kommen dürfte, um sie ebenfalls anzupassen.

1-027-0000

Isabel Benjumea Benjumea (PPE). – Vielen Dank, Frau Lagarde, dass Sie heute hier sind und unsere Fragen beantworten. Viele meiner Fragen haben Sie bereits beantwortet. Deshalb fasse ich mich kurz.

Sie haben die extrem hohe Inflation erwähnt, die wir derzeit in der Europäischen Union beobachten, und ganz konkret die besorgniserregende Inflationsrate, die wir verzeichnen, wenn wir Energie und Lebensmittel außer Acht lassen. Sie haben erläutert, dass Sie für 2023 eine Inflation um 4,6 % erwarten, Sie haben einigen meiner Kollegen geantwortet, dass Sie alles Notwendige tun werden, damit die Inflation wieder auf 2 % sinkt. Ich würde gerne genauer wissen, was „alles Notwendige“ bedeutet, damit wir genau begreifen, wo wir jetzt stehen und wann wir diese 2 % erreichen können.

Außerdem würde ich gerne auf eine Frage zu den öffentlichen Ausgaben zurückkommen. Meine Frage betrifft die Vergabe öffentlicher Aufträge: Ich finde es sehr besorgniserregend, dass der größte Arbeitgeber in vielen Mitgliedstaaten in Europa immer öfter die öffentliche Hand ist, auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Welche Auswirkungen hat diese Tatsache, insbesondere in den Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit?

Abschließend würde ich gerne wissen, ob Sie vielleicht auf die hohen Kosten für öffentliche Aufträge eingehen könnten und darauf, wie sich diese auf die derzeitige Inflation auswirken können.

1-028-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. – Ich denke, Sie haben unsere Sorgen recht gut zusammengefasst, die meines Erachtens am besten von den drei von mir erwähnten Komponenten verkörpert werden. Die erste sind die Aussichten hinsichtlich der Inflation, die zweite die zugrundeliegenden Komponenten der Inflation und die dritte die angemessene Transmission. Die zugrundeliegenden Inflationskomponenten liegen, wie Sie erwähnt haben, in diesem Jahr bei 4,6 %. 2024 sollen sie zurückgehen, aber nur auf 2,2 % bis 2025, womit wir uns unserem Ziel zwar annähern, aber es nicht erreichen.

Es liegt auf der Hand, dass wir dies berücksichtigen und feststellen müssen, ob diese der Inflation zugrundeliegenden Komponenten rückläufig sein oder sich im Gegenteil dazu als beständig erweisen und fortbestehen werden, was natürlich unsere künftige Geldpolitik bestimmen wird, weil wir wollen, dass diese zugrundeliegenden Inflationskomponenten zurückgehen.

Alle Wirtschaftsakteure spielen ihre jeweilige Rolle, ob es sich um das öffentliche Beschaffungswesen oder um den privaten Verbrauch handelt – alles ist wichtig. Es ist auch eine Tatsache, dass wir zur Senkung der Inflation auf 2 % die Zinssätze nutzen müssen, was zu einer Dämpfung der Nachfrage führen wird, was wiederum eine Voraussetzung für den Rückgang der Inflation auf 2 % ist. Wir müssen diesen Prozess auf verhältnismäßige, wirksame und effiziente Weise durchführen, d. h. wir müssen dabei diese drei Voraussetzungen für die Stichhaltigkeit unserer Entscheidungen berücksichtigen. Wir tun dies jedes Mal. Dies ist der Weg, auf dem wir uns befinden, und wir werden diesen fortsetzen.

1-029-0000

Pedro Silva Pereira (S&D-Fraktion). Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Frau Präsidentin Lagarde, die umstrittene Entscheidung der Europäischen Zentralbank, die Zinssätze erneut um

50 Basispunkte zu erhöhen, erklären Sie heute hier unter Bezugnahme auf Prognosen, die vor dem Aufkommen der jüngsten Spannungen auf den Finanzmärkten erstellt wurden. Würden Sie dem zustimmen, dass diese Spannungen eher zu einem weiteren Rückgang der Inflation führen werden als zum Gegenteil? Dies ist wichtig, weil wir wissen müssen, ob die Entscheidungen der Europäischen Zentralbank nicht auf falschen Inflationsannahmen beruhen.

Als wir hier unseren letzten währungspolitischen Dialog im November hatten, habe ich Sie gefragt: „Hat die Inflation ihren Höchststand erreicht?“ Damals sagten Sie „Ich denke nicht.“ Aber jetzt sagen Sie, dass der Höchststand im Oktober letzten Jahres erreicht wurde, und dass Sie einen Rückgang der Energiepreise beobachtet haben, der zu einer neuen Prognose hinsichtlich der Inflation geführt hat. Die zweite Frage lautet also, ob derzeit Entscheidungen auf der Grundlage falscher Inflationsannahmen getroffen werden.

1-030-0000

Christine Lagarde, *Präsidentin der Europäischen Zentralbank*. — Wie Sie sich vorstellen können, Herr Silva Pereira, wird meine Antwort an Sie „Nein“ lauten. Wir haben unsere Entscheidung auf der Grundlage von Prognosen unserer Experten getroffen, für die, wie ich bereits ausführte, ein Stichtag galt, der vor dem Aufkommen der finanziellen Spannungen lag. Aber in jedem Fall und angesichts der Zeiträume, die wir abdecken müssen, und der Inflation, mit der wir konfrontiert sind, waren diese 50 Basispunkte eine belastbare Entscheidung, die wir treffen mussten, und wir haben diese Entscheidung getroffen. Was einerseits vernünftig war, muss andererseits nicht notwendigerweise richtungsweisend dafür sein, wie die folgende Entscheidungen ausfallen werden. Wir müssen uns einen offenen Blick bewahren.

Wenn sie nur auf der Ausgangsbasis ohne die Spannungen, ohne die Unsicherheit, die verschärfte Unsicherheit, beruht hätte, hätten wir darauf hingewiesen, dass weitere Erhöhungen erforderlich seien. Aber angesichts der Unsicherheit, die wir hatten, wäre eine solche Richtungsvorgabe nicht richtig gewesen, weshalb wir beschlossen haben, dass wir uns auf Daten stützen und auf der Grundlage der drei Elemente, die ich bereits einige Male erwähnt habe, Entscheidungen treffen würden.

Zum jetzigen Zeitpunkt wissen wir nicht, wie sich die finanziellen Spannungen entwickeln werden. Wir sind sehr zuversichtlich, dass unser Bankensektor belastbar und über eine gute Kapitalausstattung und hohe Liquiditätsquoten verfügt, auch angesichts dessen, dass die Vorschriften, die in Europa im Rahmen der geltenden Richtlinien insbesondere für die Abwicklung gelten, nicht die Vorschriften sind, die von anderen Institutionen, insbesondere von den schweizerischen Behörden, angewandt wurden. Die Schweiz gibt keine Standards für Europa vor. Dies wurde in der gemeinsamen Erklärung sehr deutlich gemacht, die zuvor von den Behörden des Europäischen Bankenverbands, der Aufsichtssparte der EZB und natürlich dem SRB veröffentlicht wurde. Die Aufsicht des SRB und der EZB und die EBA waren in diesem Punkt und hinsichtlich der in Europa geltenden Hierarchie sehr explizit.

Diese finanziellen Spannungen werden also Auswirkungen haben. Welche, wie lange sie andauern werden und wie tiefgreifend sie sein werden, wird sich natürlich erst noch zeigen. Und wenn sie Auswirkungen haben, wird dies wahrscheinlich zu einer gewissen Verschärfung der Finanzierungsbedingungen führen, die wir gegenwärtig beobachten. Wir beobachten bereits eine gewisse Verschärfung der Finanzierungsbedingungen. Wir sehen also bereits, dass unsere Geldpolitik tatsächlich Auswirkungen auf den Finanzsektor hat. Wir sehen dies anhand der Zinssätze, anhand der Geschäftsbedingungen und anhand des Kreditvolumens. Dies könnte sich durch die Spannungen auf den Finanzmärkten noch verstärken, unabhängig von der Stärke und Solidität unseres Bankensektors. Wir werden dies im Zusammenhang mit den Daten berücksichtigen müssen, die wir erhalten werden, wenn wir unsere nächste währungspolitische Entscheidung treffen.

1-031-0000

Eva Maria Poptcheva (Renew). Vielen Dank, Frau Lagarde, dafür, dass Sie heute bei uns sind, und für Ihre sehr ausführlichen und interessanten Antworten.

Ich möchte auf das Verhältnis zwischen den Zinserhöhungen zurückkommen, die – wie Sie bereits angedeutet haben – möglicherweise nicht so konstant sein werden, wie wir es in den letzten Monaten gesehen haben, und zumindest keine Hinweise auf die künftige Zinspolitik geben, wie Sie sagten.

Das andere Standbein wäre also im Grunde die quantitative Straffung, und natürlich wissen wir alle, dass es sich bei ungefähr 80 % der Bilanz der Europäischen Zentralbank um Staatsanleihen handelt. Deshalb befürchten natürlich viele, dass eine solche quantitative Straffung im Grunde zu gewissen Spreads zwischen den Staatsanleihen führen würde.

Andererseits machen private Vermögenswerte infolge des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten ungefähr 20 % der Bilanzsumme aus. Ich frage mich also, warum Sie sich in Ihrer Bilanz dieser privaten Vermögenswerte nicht zuerst entledigen?

1-032-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. Vielen Dank für Ihre quasi zweifachen Fragen, Frau Poptcheva. Sie helfen mir dabei, einen Punkt klarzustellen: Ich habe nicht gesagt, dass die Erhöhungen in Zukunft nicht so stabil sein werden; Ich habe gesagt, dass wir keine Forward Guidance geben, dass wir und bei künftigen Entscheidungen auf Daten stützen werden und dass wir unsere Entscheidungen auf der Grundlage der Inflationsaussichten, die sich auf Wirtschafts- und Finanzdaten stützen, der zugrundeliegenden Inflation und der Stärke unserer geldpolitischen Transmission treffen werden. Das Ergebnis wird also datenabhängig sein. Das ist ganz eindeutig.

Zum zweiten Teil Ihrer Frage zur Normalisierung unserer Bilanz. Als wir begannen, die Verringerung unserer Bilanzsumme in Betracht zu ziehen, haben wir gesagt, dass wir dies transparent und vorhersehbar tun würden. Und das haben wir getan, indem wir deutlich darauf hingewiesen haben, dass es sich von März bis Ende Juni um durchschnittlich 15 Mrd. EUR pro Monat handeln würde und dass wir dies auf der Grundlage einer Glättung anwenden würden, um nicht eine Kategorie gegenüber einer anderen, ein Land gegenüber einem anderen zu bevorzugen.

Das tun wir, und wir werden dies bis Juni, oder genauer gesagt bis zu der Währungspolitik gewidmeten Sitzung des EZB-Rates, die noch vor Juni stattfinden wird, tun, in der wir bekanntgeben werden, was wir in Zukunft tun werden, ob wir bei den 15 Milliarden bleiben oder ob wir darüber hinausgehen, bzw. jede sonstige Entscheidung bekanntgeben werden, die wir dann treffen. Aber ich denke, dass wir sehr klar darüber informieren, was genau wir tun, und dies ist der richtige Weg in die Zukunft. Es ist ein begleitendes Element unserer Währungspolitik. Entscheidend ist die Nutzung von Zinssätzen. Das ist das wirksamste Element.

1-033-0000

Margarida Marques (S&D). — Frau Präsidentin, Frau Präsidentin Lagarde! Vielen Dank, dass Sie hier sind, um uns über die aktuelle Lage zu informieren. Ich möchte Ihnen drei Fragen stellen.

Zunächst wissen wir, dass die Wirtschafts- und Währungsunion, die Bankenunion und die Kapitalmarktunion noch nicht vollendet sind; meine erste Frage lautet, ob Sie der Auffassung sind, dass das Vorhandensein einer wirksamen europäischen Einlagensicherung in der derzeitigen Bankenunion ein Schlüsselfaktor für die Verringerung des Drucks auf das europäische Bankensystem angesichts der aktuellen Krise gewesen wäre.

Meine zweite Frage betrifft das Instrument zur Absicherung der Transmission. Sind Sie der Ansicht, dass die derzeitigen Instrumente, über die die EZB im Rahmen ihres Instrumentariums verfügt, wie etwa das Instrument zur Absicherung der Transmission, ausreichen, um der Nervosität auf den Märkten zu begegnen? Und wenn das Instrument zur Absicherung der Transmission im Einklang mit den Regeln der wirtschaftspolitischen Steuerung aktiviert wird, wird die EZB dabei die neuen Regeln für die wirtschaftspolitische Steuerung in dieser von der Kommission vorgestellten Übergangsphase berücksichtigen?

Schließlich möchte ich anhand Ihrer aufeinanderfolgenden Antworten besser verstehen, ob Sie irgendwelche Bedenken hinsichtlich der Verwendung von NextGenerationEU haben, was die Vermarktung der Mittel aus diesem Instrument angeht.

1-034-0000

Christine Lagarde, *Präsidentin der Europäischen Zentralbank*. – Vielen Dank für diese drei Fragen. Ich werde versuchen, sie nacheinander zu beantworten.

Ich stimme Ihnen voll und ganz zu, dass die Bankenunion und die Kapitalmarktunion vollendet werden müssen. Ich würde nur gerne wissen, was uns daran hindert, voranzukommen. Ich würde wirklich gerne auf das Parlament als auf einen wichtigen Teilnehmer an diesen Diskussionen zählen können, um hinsichtlich der Bankenunion voranzukommen. Ich denke, dass die Kommission diesen Rahmen für das Krisenmanagement, den CMDI, in Kürze vorschlagen wird, und ich hoffe, dass wir damit Fortschritte machen werden. Dies wäre zumindest ein Hinweis darauf, dass diese Bankenunion keine Todgeburt ist und dass es sich um ein Projekt handelt, das bereits zwei fertige Standbeine hat und dessen drittes Bein ebenfalls vollendet werden muss. Der CMDI wäre diesbezüglich ein gutes Signal.

Was die Kapitalmarktunion anbelangt, war ich gemeinsam mit den anderen Präsidenten Mitunterzeichnerin eines Op-Ed-Beitrags, der, und dafür bin ich Ihnen sehr dankbar, in einigen Ländern veröffentlicht wurde und in dem wir alle nachdrücklich dafür plädieren, dass die Kapitalmarktunion wiederbelebt und so bald wie möglich vollendet wird. Ich halte dies für eine entscheidende Komponente für Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und für die Tiefe eines Finanzmarkts, der sich nicht aus einer einzigen Quelle speisen sollte, was im Euro-Währungsgebiet leider zu sehr der Fall ist.

Ich hoffe also hinsichtlich beider Punkte, dass in absehbarer Zeit Bewegung in die Sache kommt. Ich muss sagen, dass sich der Präsident der Euro-Gruppe in den letzten Jahren stark darum bemüht hat, das Projekt der Bankenunion voranzubringen. Wie Sie wissen, ist er aber auch in mehreren Mitgliedstaaten auf politische Schwierigkeiten gestoßen, die darin keine Gelegenheit für Fortschritte erblicken.

Zu Ihrer zweiten Frage, ob wir über die entsprechenden Instrumente hierfür verfügen: Die Antwort lautet ja. Wir verfügen über die Instrumente. Wir haben sie im Kasten. Einige von ihnen wurden genutzt und anschließend in den Werkzeugkasten zurückgelegt. Sie können jederzeit reaktiviert werden. Die Mitarbeiter der EZB haben mit dem GLRG, PELTRO, TPI und mit allen anderen Instrumenten, die wir während der COVID-19-Pandemie und im Anschluss an sie geschaffen haben, gezeigt, dass sie die Instrumente anpassen und kalibrieren können oder ein geeignetes zusätzliches Instrument entwickeln können, wenn wir eines benötigen. Ich denke, dass wir umfassend gerüstet sind.

Ich bin mir nicht sicher, dass ich den Zusammenhang mit der Übergangsphase verstanden habe, den Sie angesprochen haben. Aber wenn es um den Übergang hin zu einer grünen und digitalen Wirtschaft geht, glaube ich, dass es mit den verfügbaren Finanzierungsmaßnahmen mit Sicherheit möglich sein wird, den Bedürfnissen gerecht zu werden.

In Bezug auf Ihre dritte Frage muss ich sagen, dass wir bei der Emission von Anleihen in den letzten Tagen keine zusätzlichen und erhöhten Schwierigkeiten festgestellt haben. Aber es ist natürlich etwas, worauf wir achten müssen, und wir müssen die bestmögliche Arbeit leisten, um die Kommission in dieser Hinsicht bei der Finanzierung des Aufbauinstruments NextGenerationEU zu unterstützen.

Entscheidend ist für das Aufbauinstrument NextGenerationEU meines Erachtens der wirksame Einsatz dieser Mittel unter vollständiger Rechenschaftspflicht gegenüber den anderen Mitgliedstaaten und den Mitgliedern der Europäischen Union, damit diese gemeinsamen Mittel ordnungsgemäß verwendet werden, damit mit ihnen die Wettbewerbsfähigkeit verbessert und ein Beitrag zu dem für uns alle so dringend erforderlichen Übergang geleistet wird.

1-035-0000

Claude Gruffat (Verts/ALE). – Frau Lagarde, vielen Dank, dass Sie in diesen auf den Märkten sehr turbulenten Zeiten heute erneut bei uns sind. Als Reaktion auf die steigende Inflation hat die EZB – wie die anderen Zentralbanken – ihre Leitzinsen stark angehoben. Am vergangenen Donnerstag haben Sie eine Erhöhung um weitere 50 Basispunkte beschlossen. Wenn es eine Gemeinsamkeit zwischen der Insolvenz der Silicon Valley Bank und den Schwierigkeiten der Crédit Suisse gibt, so ist dies sicherlich ihre Anfälligkeit gegenüber Zinsrisiken. Der Anstieg der Zinssätze scheint sich zwar auf den ersten Blick positiv auf die Rentabilität des Bankensektors auszuwirken, birgt aber auch Risiken. Erwägt die EZB in diesem Zusammenhang neue Refinanzierungsgeschäfte?

Sollten außerdem – falls neue Programme dieser Art aufgelegt werden – Abschläge auf Sicherheiten, die nicht auf grünen Vermögenswerten beruhen, erfasst werden? So könnte auch dazu beigetragen werden, dass die Banken ihre Exposition gegenüber verlorenen Vermögenswerten („stranded assets“) und Wirtschaftszweigen, deren Rentabilität in Zukunft abnimmt, tatsächlich nicht erhöhen.

1-036-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. – Ich bin versucht, Ihnen auf Französisch zu antworten, aber vielleicht werde ich auf ... Also gut, ich antworte Ihnen auf Französisch!

Ich teile Ihre Auffassung nicht ganz, dass die Probleme der Signature Bank im Bundesstaat New York und der Silicon Valley Bank im Bundesstaat Kalifornien – sowie ihrer Tochtergesellschaft in England und anderer Zweigstellen im Ausland – auf denselben Ursachen beruhen. Ich glaube tatsächlich, dass es sich um sehr unterschiedliche Phänomene handelt und dass die Silicon Valley Bank ein perfektes Beispiel für das ist, was unter einem „bank run“ zu verstehen ist, während die Situation von Crédit Suisse auf eine lange Entwicklung zurückzuführen ist, die seit Mittwoch dringlich ist. Ich denke, dass es sich hier nicht um die gleiche Situation und noch weniger um die gleichen Ursachen handelt.

Sie fragen mich vor allem, ob wir gedenken, für dieses Risiko Refinanzierungsgeschäfte sowie Abschläge bei Sicherheiten vorzusehen. Heute verfügen wir über vollkommen ausreichende, notwendige und großzügige Finanzierungslinien, damit die Banken ihre Finanzierung sicherstellen können. Auf Englisch habe ich gerade dazu gesagt, dass wir bei Bedarf weitere Instrumente bereitstellen können. Wir haben in der Vergangenheit LRG eingeführt, die gegebenenfalls erneut eingesetzt werden können.

Wir haben heute noch eine Regelung für Abschläge auf Sicherheiten, die bis nächsten Juni in Kraft ist. Es erscheint – jedenfalls für den Moment – nicht sinnvoll, andere Programme einzurichten oder andere Instrumente zu erarbeiten als jene, die aktuell verfügbar sind und die uns ausreichend erscheinen.

1-037-0000

Gunnar Beck (ID). – Madame Lagarde! Ich hörte Ihnen aufmerksam zu, und Sie sagten, Sie hätten auch am letzten Donnerstag angesichts der anhaltend hohen Inflation weitere Zinserhöhungen angekündigt und dass Sie nur die Instabilitätsrisiken an den Finanzmärkten von dieser Ankündigung abhielten.

Ist es richtig, daraus zu folgern, dass diese Instabilitätsrisiken also keineswegs trivial sind? Sonst hätten Sie ja Ihre Vorprognose für die nächsten Sitzungen nicht abgeändert.

1-038-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. — Die finanziellen Spannungen, die wir in den letzten zehn Tagen beobachtet haben, sind nicht unerheblich. Wenn ein Finanzakteur beispielsweise von der Größe der Silicon Valley Bank, die hinsichtlich ihrer Größe unter den US-amerikanischen Banken an 13. Stelle stand, oder wie die zweitgrößte Bank in einem Land wie der Schweiz sehr schnell entweder abgewickelt oder übernommen werden muss, bleibt dies nicht ohne Auswirkungen.

In der Pressemitteilung, die wir letzte Nacht herausgegeben haben, haben wir darauf hingewiesen, dass wir die Entscheidungen der Schweizer Behörden und der Schweiz begrüßen, die getroffen wurden, um Abhilfe zu schaffen, und dass dies notwendig war, um die Finanzstabilität wiederherzustellen. Ebenso waren die Maßnahmen, die die US-Behörden sehr schnell ergriffen haben, um eine Ansteckung zu verhindern, unter dem Gesichtspunkt der Finanzstabilität sicherlich angemessen.

Aber wir müssen uns auf Daten stützen und wir müssen schauen, was die Folgen sein werden, welche Auswirkungen dies auf die Rendite haben wird und welche Auswirkungen es auf die Finanzierung der Wirtschaft und insbesondere bestimmter Sektoren haben wird. Sobald wir das absehen können, wird es uns dabei helfen, zu entscheiden, welche währungspolitische Entscheidung wir treffen. Ich spiele also nichts herunter, aber ich sage auch, dass wir einen starken Bankensektor haben, der viel stärker als während der letzten großen Finanzkrise ist, der über eine gute Kapitalausstattung und eine hohe Liquidität verfügt und im Vergleich zu anderen Ländern sicherlich gut beaufsichtigt wird, in dem nämlich alle Banken – nicht einige Banken, alle Banken– Basel III unterliegen.

1-039-0000

Denis Nesci (ECR). – Vielen Dank, Frau Präsidentin Lagarde, für Ihr Kommen und für die vielen Antworten, die Sie uns bereits gegeben haben. Ich habe Ihnen sehr genau zugehört: Sie haben sehr oft auf das wichtige Ziel der EZB hingewiesen, das darin besteht, dass die Inflationsrate auf mittlere und lange Sicht wieder auf 2 % sinkt. Mit diesen wiederholten Zinserhöhungen gibt es jedoch auf kurze Sicht schlimme Rückschläge, und zwar insbesondere für Familien, Unternehmen und Verbraucher.

Ich spreche in erster Linie über Darlehen. Familien und Verbrauchern fällt es wirklich schwer, die Zahlungsfristen der Banken einzuhalten. Gleichzeitig können die Unternehmen in einem so schwierigen ökonomischen Umfeld kaum Entwicklungsmaßnahmen planen und somit zum Wirtschaftswachstum beitragen.

Sie haben sicher recht, wenn Sie sagen, dass wir Stabilität brauchen. Ich glaube aber, dass wir auch stärker auf Wachstum abzielen müssen. Es gibt also zwei Begriffe, die zwangsläufig Hand in Hand gehen müssen.

Ich stelle Ihnen jetzt keine Frage. Ich werde eher einen Wunsch äußern, da Sie ja gesagt haben, dass Sie nicht wissen, ob es künftig Zinserhöhungen gibt. Ich wünsche mir, dass die EZB diese politische Maßnahme nach Möglichkeit beendet und einschränkt, damit Familien, Unternehmen und Verbraucher Luft zum Atmen bekommen.

1-040-0000

Christine Lagarde, *Präsidentin der Europäischen Zentralbank*. — Herr Nesci, ich danke Ihnen, dass Sie hierauf hingewiesen haben. Seien Sie versichert, dass dies nicht etwas ist, das ich vergesse, wenn ich abends zu Bett gehe. Ich weiß, dass manche Menschen stärker leiden als andere, und ich weiß insbesondere, dass die Schwächsten, egal ob sie Arbeitnehmer sind oder kleine Unternehmen haben, stark von der Inflation betroffen sind. Ich habe Familienangehörige, die sich in dieser Situation befinden, so dass ich Ihnen versichern kann, dass ich dies in meiner unmittelbaren Umgebung mitbekomme. Und ich kann Ihnen sagen, dass mir dies mehr Entschlossenheit, mehr Leidenschaft und mehr Energie verleiht, um die Inflation einzudämmen und die Preisstabilität wiederherzustellen, denn wir wissen, dass wir ohne Preisstabilität kein Wachstum haben werden. Es werden keine wirtschaftlichen Entscheidungen getroffen werden, die zukunftsweisend sind und mit denen sich die Lage unserer Volkswirtschaften verbessert. Preisstabilität ist somit eine Voraussetzung für Wachstum, Beschäftigung, Investitionsentscheidungen und Innovation. Und unsere Pflicht ist es, diese Preisstabilität zu erreichen, und wir werden dies tun.

1-041-0000

Anna-Michelle Asimakopoulou (PPE). Vielen Dank, Frau Vorsitzende, und Ihnen ebenfalls, Frau Lagarde, dass Sie heute hier sind und uns interessanten Einblicke eröffnen. In Ihren Pressemitteilungen und Ihrer Pressekonferenz und heute hier haben Sie deutlich darauf hingewiesen, dass die Ereignisse der letzten Tage im Zusammenhang mit dem internationalen Bankensektor unsere bereits unsicheren Aussichten um eine zusätzliche Unsicherheit ergänzt haben und dass dies erhebliche Auswirkungen auf Ihre währungspolitischen Entscheidungen haben könnte.

Ich gehe daher davon aus, dass die Beseitigung jeglicher zusätzlicher Unsicherheiten eine begrüßenswerte Entwicklung wäre. Falls meine Annahme zutreffen sollte, würden Sie dem zustimmen, dass ein zügiger Abschluss der laufenden Verhandlungen über den neuen Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung, die Stärkung der nationalen Eigenverantwortung und die Berücksichtigung der Folgen der Pandemie für die Staatsverschuldung für Ihre Bemühungen um die Sicherung der Preis- und Finanzstabilität von Vorteil wären?

Und lassen Sie mich dies bitte um eine weitere Nachfrage zum Zusammenspiel von Währungs- und Fiskalpolitik ergänzen, deren Koordinierung vor allem in Zeiten schwerer Krisen immer wichtig ist.

Könnte ein ständiges fiskalpolitisches Instrument auf Unionsebene – natürlich mit der richtigen Art von Steuerung – Ihrer Ansicht nach die Stellung und Fähigkeit der EZB, Krisen zu bewältigen, stärken und allgemein die, nennen wir es, optimale Mischung von Maßnahmen der Union verbessern?

1-042-0000

Christine Lagarde, *Präsidentin der Europäischen Zentralbank*. – Vielen Dank, Frau Asimakopoulou, für diese ausführliche Fragestellung. Die Antwort auf die erste Frage ist ziemlich einfach und direkt: Ja, es ist wichtig, dass die Europäische Union und insbesondere das Euro-Währungsgebiet wieder zu einem Rahmen zurückkehren, in dem die Regeln bekannt sind, gemeinsame Schwellenwerte herrschen und in dem die verwendeten Instrumente und die von den Mitgliedstaaten angewandte Aufsicht festgelegt sind.

Wir hoffen also, dass die Steuerung rasch beschlossen wird. Sie wissen, dass es sich unter anderem um ein politisches Thema handelt, und ich hoffe, dass unsere Hoffnung, dass sie einfach, transparent und effizient sein wird, von einem zufriedenstellenden Ergebnis gekrönt werden wird.

Über Haushaltspläne wird recht früh entschieden. Für den Haushaltsplan 2024 wird es wichtig sein, dass der Rahmen bekannt ist. Die Kommission hat Leitlinien herausgegeben. Es ist wichtig, dass wir sie haben, aber es wäre sicherlich viel besser und wünschenswert, wenn der Rahmen bereits vorhanden und beschlossen wäre. Ich verliere nicht die Hoffnung. Ich hoffe sehr, dass dies der Fall sein wird. Die Ausweichklausel war notwendig. Sie können jedoch nicht ewig in einer solchen Ausweichklausel-Umgebung tätig sein.

Was die dauerhafte Fiskalfazität betrifft, so wäre dies im Zusammenhang mit einer einheitlichen Geldpolitik einerseits und mehreren finanzpolitischen Maßnahmen andererseits hilfreich. Wir haben die Wirkung von NextGenerationEU und von SURE gesehen und dass die Vertiefung der Integration innerhalb der Europäischen Union von denjenigen, die in der Europäischen Union investieren, als Vorteil angesehen wird.

1-043-0000

Lefteris Nikolaou-Alavanos (NI). – Sehr geehrte Frau Präsidentin, seit Monaten befinden sich die Arbeitnehmer in der gesamten Europäischen Union wegen der starken Preissteigerungen und der in die Höhe geschwellten Inflation in einer wirklich leidvollen Situation, auch wenn die Regierungskader, die Europäische Zentralbank und die Zentralbanken der einzelnen Länder zu beschwichtigen versuchen. Dies ist das Ergebnis der expansiven Politik, die zur Bekämpfung des Mangels an rentablen Investitionen und der übermäßigen Anhäufung von Kapital bei Monopolgruppen betrieben wurde. Unserer Ansicht nach gehören hierzu auch der „grüne New Deal“ und der Aufbaufonds. Jetzt setzen Sie auf eine Anhebung der Zinssätze, um die Inflation einzudämmen. Legt man die Mathematik zugrunde, so führt dies zu einer weiteren Verelendung der Arbeitnehmer. Es wird der Weg für eine neue Überschuldung von Kreditnehmern und für neue notleidende Kredite geebnet. Unserer Ansicht nach lassen die Entwicklungen im Zusammenhang mit den insolventen amerikanischen Banken und der Credit Suisse die Alarmglocken schrillen, was neue Rekapitalisierungen angeht, die von den Steuerzahlern aus ihrer knappen Kasse getragen werden müssen. Es erweist sich, dass die bourgeoise Politik – unabhängig davon, ob eine expansive oder restriktive Politik verfolgt wird – weder die Widersprüche im kapitalistischen System lösen noch die Bedürfnisse und Rechte der Bevölkerung erfüllen bzw. gewährleisten kann.

Daher hätte ich von Frau Lagarde gerne eine Stellungnahme zu folgenden Fragen: Derzeit demonstrieren Arbeitnehmer in der gesamten Europäischen Union für eine echte Einkommensstützung. Sie fordern etwa flächendeckende Tarifverträge, Lohn- und Rentenerhöhungen entsprechend den aktuellen Bedürfnissen sowie eine Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Bedarfsgüter und der Verbrauchsteuern auf Kraftstoffe und Energie. Was halten Sie außerdem von einem Versteigerungsverbot für Immobilien und Eigentum von privaten Haushalten, aber auch vom Schutz ihrer Einlagen vor einem möglichen Abschlag für eine erforderliche Rekapitalisierung von Banken?

1-044-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. – Vielen Dank, Herr Nikolaou, für Ihre Frage. Ihr Argument ist richtig, dass die Arbeiterklasse, die benachteiligten und die am stärksten gefährdeten Menschen diejenigen sind, die am stärksten von der Inflation betroffen sind.

Vergleicht man die Ausgaben eines armen Haushalts mit denen eines wohlhabenden Haushalts, so wendet der arme Haushalt 30 % seines Einkommens für Nahrungsmittel und Energie auf. Der wohlhabende Haushalt wendet 20 % dafür auf. Angesichts der Tatsache, dass die wichtigsten Komponenten, die in den letzten Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen haben, gerade Energie und Inflation sind, versteht es sich von selbst, dass die armen Haushalte die Hauptlast dieser Situation tragen.

Daher ist es von entscheidender Bedeutung, die Inflation zu senken und die Preisstabilität wiederherzustellen, damit sie nicht unter den Folgen dieser hohen Inflation, insbesondere bei Energie und Nahrungsmitteln, leiden.

1-045-0000

Vorsitzende. – Vielen Dank. Mir liegen soweit keine weiteren Anfragen vor, und der nächste Tagesordnungspunkt ist für 17.00 Uhr vorgesehen. Lassen Sie uns also eine kurze Pause machen und die Sitzung um 17 Uhr fortsetzen.

(Die Sitzung wird um 16.42 Uhr geschlossen.)